

**ERNST RUDOLF HUBER - WOLFGANG HUBER**

**STAAT UND KIRCHE  
IM 19. UND 20. JAHRHUNDERT**

**DRITTER BAND**

**DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN**

**ERNST RUDOLF HUBER — WOLFGANG HUBER**

**Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert**

**Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts**



ERNST RUDOLF HUBER - WOLFGANG HUBER

# Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert

Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts

Band III

Staat und Kirche von der Beilegung des Kulturkampfes  
bis zum Ende des Ersten Weltkriegs

Zweite, unveränderte Auflage



D U N C K E R & H U M B L O T / B E R L I N

Hergestellt mit Hilfe der Geschwister Boehringer  
Ingelheim Stiftung für Geisteswissenschaften und anderer  
wissenschaftlicher Stiftungen

Alle Rechte vorbehalten  
© 1990 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41  
Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin 61  
Printed in Germany  
ISBN 3-428-05268-4

## Vorwort

Der zweite Band dieser Dokumentation ist vor sieben Jahren erschienen. Drängende andere Verpflichtungen der Herausgeber haben eine frühere Fertigstellung des nun vorgelegten dritten Bandes verhindert. Auch bot die Quellen- und Forschungslage für den Zeitraum zwischen der Beilegung des Kulturkampfes und der Novemberrevolution besondere Schwierigkeiten. Zwar gelten diese drei Jahrzehnte gemeinhin als ereignisarm für das staatlich-kirchliche Verhältnis. In Wahrheit sind sie im katholischen wie im evangelischen Bereich von einer Fülle gewichtiger Vorgänge bestimmt, deren Wirkungen weit über das Ende der Monarchie hinausreichen.

Für die drei letzten Jahrzehnte des deutschen Konstitutionalismus ist kennzeichnend, daß sich in ihnen der überlieferte Grundsatz der staatlichen Kirchenhoheit mit der vertrags- wie verfassungsmäßigen Gewährleistung kirchlicher Selbständigkeit verband. Ob die der Kirche wesensmäßig und rechtlich zugehörige „Eigenständigkeit“ hinreichend gesichert sei, war allerdings in dieser Epoche lebhaft umstritten. Vielfältige Bemühungen zielten auf weiterreichende Rechtsgarantien insbesondere für die evangelischen Kirchen. Auch soweit diese Ansätze unvollendet blieben, waren sie doch die entscheidenden Vorstufen für die Neuregelung der Beziehungen von Kirchen und Staat in der Weimarer Zeit. Diese Entwicklungstendenz tritt in den drei Hauptteilen, in die der Band gegliedert ist, in gleichem Maß hervor: im Teil A, der die Sachbereiche des für die beiden großen Konfessionen gemeinsam geltenden Staatskirchenrechts zusammenfaßt, im Teil B, der den Beziehungen zwischen dem Staat und der katholischen Kirche, und im Teil C, der den Beziehungen des Staates zu den evangelischen Kirchen gewidmet ist. Aus der Vielfalt der dargebotenen Fragenbereiche seien nur einige Hauptpunkte hervorgehoben.

Die Verselbständigung der Kirchen gegenüber dem Staat setzte sich in den drei Jahrzehnten vor dem Ende des Konstitutionalismus besonders auffällig im Bereich der kirchlichen Finanzverfassung durch. Dies geschah vor allem durch die rechtliche Ausgestaltung des in seinen Anfängen in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreichenden *Kirchensteuersystems* (Kapitel II). Das Instrument der Kirchensteuer, das heute vielfach als ein Moment der engen Verflechtung von Kirche und Staat erscheint, war nach Sinn und Funktion ursprünglich für die Kirchen ein Mittel zur Stärkung ihrer Autonomie gegenüber dem Staat und für diesen ein Mittel zur wenigstens teilweisen Befreiung von der aus unterschiedlichen Gründen gegenüber den Kirchen bestehenden Alimentationspflicht. Es erschloß den Kirchen eine eigenständige Finanzierungsquelle, für deren Ausschöpfung sie sich zwar der staatlichen Verwaltungshilfe bedienten, die sie aber in erheblichem Umfang von staatlichen Bedarfszuweisungen oder Dotationen unabhängig machte. Angesichts

der fortwirkenden Bedeutung wie der bewußt gewordenen Problematik des Kirchensteuerwesens erschien es geboten, den historischen Anfängen wie der Entwicklung dieses zwar spröden, für die Existenz und Wirksamkeit der Kirchen aber fundamentalen Rechtsbereichs den nötigen Raum zu gewähren.

Schon der Name „Kulturkampf“ hatte die Bedeutung erkennen lassen, die dem Verhältnis von *Kirche und Kultur* während des 19. Jahrhunderts zuge wachsen war. In vielen Einzelfragen hatte der Kulturkampf zu Ergebnissen geführt, die auch nach seinem Ende ernstlichen Zweifeln entzogen waren, so im Recht des Kirchenaustritts und der Zivilehe. Dagegen waren andere Bereiche des Kulturlebens, so das Verhältnis von Kirche und Schule und das Verhältnis von Kirche und Wissenschaft, auch zwischen 1890 und 1918 umstritten (Kapitel III). Die Auseinandersetzungen um den schließlich gescheiterten preußischen Schulgesetzentwurf von 1892, um die Stellung der theologischen Fakultäten und um die Einrichtung konfessionell gebundener Lehrstühle innerhalb der philosophischen Fakultäten blieben zentrale Themen des Staatskirchenrechts, wobei das Postulat der „Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft“ besondere Bedeutung erlangte.

Kein gesellschaftlicher Vorgang hat die drei Jahrzehnte der Wende vom 19. und 20. Jahrhundert stärker geprägt als der Prozeß der Industrialisierung. Die durch ihn ausgelöste *soziale Frage* stellte die Kirchen vor neue Aufgaben (Kapitel VI und XVI). Die überlieferten kirchlichen Soziallehren und Sozialhilfen waren in der neuen Lage unzulänglich. Der drohenden Entfremdung zwischen den Kirchen und der Industriearbeiterschaft traten die beiden großen Konfessionen in unterschiedlichen Formen und mit unterschiedlichen Mitteln entgegen. Die katholische Kirche bediente sich vornehmlich des seit der Mitte des 19. Jahrhunderts schnell gewachsenen kirchlichen Vereinswesens. Die kirchliche Arbeit auf diesem Feld erhielt ihre Richtschnur in der von Papst Leo XIII. in der Enzyklika „*Rerum novarum*“ von 1891 entwickelten neuen Soziallehre, der die Dokumentation daher besondere Aufmerksamkeit widmet (Dokument Nr. 126). Die evangelischen Kirchen, in denen die kontroversen Richtungen sich schon seit der Jahrhundertmitte in der Gestalt „kirchlicher Parteien“ ausgebildet hatten, boten gerade auch im Blick auf die soziale Frage den Boden für differente Bestrebungen. Der Versuch, diese in dem 1890 gegründeten Evangelisch-Sozialen Kongreß zu verbinden, führte nicht zu einem dauerhaften Erfolg. Seit der Mitte der neunziger Jahre standen sozialkonservative und sozialliberale Positionen einander schroff entgegen. Die Gegensätze zwischen den beiden Gruppen hatten ihre Wurzel vor allem darin, daß der Protestantismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts einerseits eng mit dem Staat, andererseits ebenso eng mit der sich entwickelnden modernen Gesellschaft verbunden war. Daß diese Verflechtung auch innerkirchliche Probleme aufwarf, zeigte sich an dem wiederholten Kurswechsel des Oberkirchenrats der altpreussischen Landeskirche gegenüber der sozialethischen Wirksamkeit der Pfarrerschaft im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts (Dokumente Nr. 306, 321). Die Haltung der Landeskirchen zur sozialen Lage blieb auch weiterhin eine der vorherrschenden innerkirchlichen Konfliktfragen.

Von nicht geringerem Gewicht waren die Kämpfe, die in den Jahrzehnten des Übergangs vom 19. zum 20. Jahrhundert um die *Lehr- und Bekenntnisbindung der Pfarrer und der theologischen Hochschullehrer* geführt wurden (Kapitel X und XV). Die Frage nach dem Verhältnis von Lehrfreiheit und Bekenntnisbindung und die damit verknüpfte Frage nach dem Verhältnis von Hochschulautonomie und kirchlichem Einspruchsrecht bei der Besetzung theologischer Lehrstühle traten exemplarisch in den Kämpfen um Harnacks Berufung nach Berlin (1888) und in dem von Papst Pius X. ausgelösten Anti-Modernismus-Streit (1910) hervor. Den Konflikt um Harnacks Berufung auf den Berliner Lehrstuhl entschied Wilhelm II. gegen den Einspruch des Oberkirchenrats zugunsten des akademischen Lehrers (Dokumente Nr. 270 - 277). Doch führte Harnacks Stellungnahme zum Apostolischen Glaubensbekenntnis bald zu einem neuen Konflikt von grundsätzlicher Bedeutung (1892). In diesen Vorfällen bestätigte sich der Grundsatz, daß bei der Berufung und Lehrtätigkeit theologischer Hochschullehrer den evangelischen Kirchenleitungen nur ein konsultatives, kein dezisives Votum zukam. Von gleicher Bedeutung war, daß die innerkirchlichen Lehrstreitigkeiten im protestantischen Bereich nach der Jahrhundertwende aus dem überlieferten disziplinarrechtlichen Verfahren gelöst und einem besonderen kirchlichen Lehrbeanstandungsverfahren zugewiesen wurden (Kapitel XVII). Die Fragwürdigkeiten, die auch diesem Verfahren innewohnen, traten im Fall Jatho hervor, der deshalb in seinen Materialien ausführlich dargestellt ist (Dokumente Nr. 334 - 341). Wie eng das Lehrbeanstandungsverfahren und das Disziplinarverfahren gegen Geistliche zusammentreffen konnten, zeigte sich in dem nicht weniger aufsehenerregenden Fall Traub (Dokumente Nr. 342 - 349). Die dogmatischen Kontroversen in der katholischen Kirche fanden angesichts des im Papsttum zusammengefaßten obersten Lehramts der Kirche in anderen Formen statt; sie berührten das öffentliche Leben und das staatliche Interesse jedoch in eher noch stärkerem Maß (Kapitel IX). Mit der Verurteilung des „Modernismus“ und der Einführung des „Anti-Modernismus-Eids“ (Dokumente Nr. 154, 155) erhielt die Unterwerfung der katholischen Theologen unter den päpstlichen Lehrprimat eine Schärfe, die das Fortbestehen katholisch-theologischer Fakultäten an den staatlichen Universitäten ernstlich zu gefährden drohte. Der Verzicht der Kurie auf den Anti-Modernismus-Eid der katholischen Theologieprofessoren als solcher führte schließlich zu einem *modus vivendi*, durch den es gelang, einen neuen „Kulturkampf“ zwischen der Kurie und dem Staat zu verhüten.

Die grundsätzlichen Differenzen und die okkasionellen Divergenzen zwischen Staat und Kirche traten mit dem Ausbruch des *Ersten Weltkriegs* in den Hintergrund (Kapitel XI und XVIII). Im Kampf um die staatliche Existenz gewann die Einstimmung der beiden großen Konfessionskirchen in das nationale Schicksal den Vorrang vor dem Bewußtsein der übernationalen Einheit der katholischen Weltkirche wie vor der die staatlichen Grenzen überschreitenden Verbundenheit des Gesamtprotestantismus. Doch erwuchs gerade aus dieser Gefährdung der weltweiten christlichen Gemeinschaft durch den Krieg die neue Einsicht in die Nowendigkeit der ökumenischen Zusammenarbeit. Auf der anderen Seite zwang die innerstaatliche Entwicklung der

Kriegszeit die Kirchen und die ihnen zugeordneten Gruppierungen zur unmittelbaren Teilnahme an der unter der Parole der „Neuorientierung“ geführten Verfassungsdiskussion. Im deutschen Katholizismus weckte sie die Besorgnis, daß die geplanten Reformen, vor allem des Wahl- und des Regierungssystems, die Stellung der Kirche schwächen und ihre Rechte im Staat mindern könnten. Die Kirche gegen solche Einbußen zu sichern, war ein bestimmendes Motiv in den katholischen Beiträgen zur Verfassungsdebatte der Jahre 1916 bis 1918. So waren die von der Zentrumsparlei vorgeschlagenen „Sicherungsartikel“ (Dokument Nr. 214) ein entscheidender Beitrag zu den Verfassungsplänen, die auf die institutionelle Garantie der Kirchen als öffentlich-rechtlicher Korporationen, die Garantie der vermögens- und finanzrechtlichen Grundlagen ihrer Existenz und die Garantie ihrer Teilhaberechte an der öffentlichen Kulturgestaltungsmacht zielten. Beiden Konfessionskirchen gemeinsam gelang es, wenn auch nicht schon 1918, so doch in dem Verfassungswerk von 1919, diese Gewährleistungen durchzusetzen. Der das Staatskirchenrecht der Weimarer Zeit behandelnde, das Gesamtvorhaben abschließende vierte Band wird den Fortgang dieser Entwicklung darstellen.

Über die Anlage und die Editionstechnik, die auch in diesem Band angewandt ist, wurde das Erforderliche in den Vorworten der beiden ersten Bände gesagt. Im Rahmen der chronologischen Gliederung sind die sachlich zusammengehörenden Stücke in Kapitel und Abschnitte geordnet. Die Einführungen zu den einzelnen Abschnitten mußten zum Teil ausführlicher als in den beiden ersten Bänden gefaßt werden. Auch die Literaturhinweise sind zum Teil umfangreicher geworden; doch ist Vollständigkeit in den Schriftumsnachweisen nicht beabsichtigt. Ein höheres Maß an Vollständigkeit ist bei den biographischen Notizen erstrebt. Die Angaben über die Besetzung der obersten Kirchenämter sind im Anhang zusammengefaßt. Den Grundstock auch dieses Bandes bilden Texte, die an weitgestreuten Stellen veröffentlicht sind. Der Wiederabdruck mußte sich aus Raumgründen häufig auf Auszüge beschränken. Fremdsprachige Texte sind in Übersetzungen wiedergegeben; soweit sie nicht aus der Entstehungszeit zugänglich waren, werden neue, bisher unveröffentlichte Übersetzungen vorgelegt. In einer Reihe von Fällen konnten die Herausgeber auch in diesem Band auf Übersetzungsvorlagen von Rudolf Kohler zurückgreifen; der größere Teil der Neuübersetzungen stammt von Wolfgang Huber.

Für die Überlassung der bisher nicht veröffentlichten Dokumente und die Übermittlung biographischer Daten haben die Herausgeber erneut einer großen Zahl kirchlicher und staatlicher Archive zu danken. Besonderen Dank schulden sie den Erzbischöflichen Archiven in Köln, München, Bamberg und Freiburg sowie dem Evangelischen Zentralarchiv in Berlin für vielfältige Unterstützung. Die Universitätsbibliotheken in Freiburg, Göttingen, Heidelberg und Marburg haben die Beschaffung der notwendigen Literatur bereitwillig erleichtert. Die Hauptlast der Ermittlung, Sichtung und Ordnung des dokumentarischen Materials lag bei dem jüngeren der Herausgeber, von dem auch die Entwürfe für die Einführungen zu den Textgruppen und den Anmerkungsapparat stammen. An den Vorarbeiten auch für diesen Band haben

die Göttinger Mitarbeiter des älteren Herausgebers teilgenommen; der ihnen früher ausgesprochene Dank sei in freundlicher Erinnerung an diese Zusammenarbeit wiederholt. Bei der Fertigstellung des Bandes hat W. Huber vielfache Hilfe von Mitarbeitern in Heidelberg und Marburg erfahren. Im Besonderen danken die Herausgeber Kara Huber-Kaldrack sowie Ralph Möllers und Joachim von Soosten für die Unermüdlichkeit, mit der sie sich an den mühsamen Korrekturarbeiten beteiligt haben. Erneuter Dank gilt schließlich den in den früheren Bänden genannten Stiftungen, die durch ihre Zuschüsse die Drucklegung des Gesamtwerks ermöglicht haben.

Freiburg und Marburg, im Februar 1983

E. R. H. W. H.

#### **Vermerk zur Zitierweise**

Die Abkürzung „Staat und Kirche“ bezieht sich auf die anderen Bände dieses Quellenwerks.

Die Abkürzung „Verfassungsgeschichte“ verweist auf: *E. R. Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. I - VI, Stuttgart 1957 ff.

Die Abkürzung „Dokumente“ bezeichnet: *E. R. Huber*, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1 - 3, Stuttgart 1961 ff.



# Inhaltsübersicht

## Teil A

### Allgemeines Staatskirchenrecht

#### Erstes Kapitel

#### **Bemühungen um die Garantie der Religionsfreiheit** 1

<i>I. Die religionsrechtlichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs</i> . .	1
Nr. 1. Bürgerliches Gesetzbuch (18. August 1896) . . . . .	2
Nr. 2. Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (18. August 1896) . . . . .	3
Nr. 3. Gesetz, betreffend die Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Elsaß-Lothringen (17. April 1899) . . . . .	4
Nr. 4. Hessisches Gesetz, betreffend die Ausführung des Bürgerlichen Ge- setzbuchs (17. Juli 1899) . . . . .	4
<i>II. Bemühungen um ein Reichsgesetz über die Religionsfreiheit</i> . . . . .	6
Nr. 5. Schutzgebietsgesetz (10. September 1900) . . . . .	8
Nr. 6. Entwurf eines Reichsgesetzes, betreffend die Freiheit der Religions- übung (23. November 1900) . . . . .	9
Nr. 7. Erklärung des Reichskanzlers Graf von Bülow vor dem Reichstag (5. Dezember 1900) . . . . .	10
Nr. 8. Erklärung des Staatssekretärs des Innern Graf v. Posadowsky-Weh- ner zum Toleranzantrag (29. Januar 1902) . . . . .	11
Nr. 9. Entwurf eines Reichsgesetzes, betreffend die Freiheit der Religions- übung (5. Juni 1902) . . . . .	12
Nr. 10. Denkschrift des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses über den Entwurf eines Reichsgesetzes, betreffend die Freiheit der Religions- übung (1905) . . . . .	14
Nr. 11. Antrag der Abgeordneten Stoecker und Genossen zum Gesetzent- wurf über die Religionsfreiheit (Mai 1906) . . . . .	18
Nr. 12. Abänderungsantrag der Abgeordneten Albrecht und Genossen zu dem Stoeckerschen Antrag (Mai 1906) . . . . .	19

<i>III. Landesrechtliche Gewährleistungen der Religionsfreiheit</i> .....	19
Nr. 13. Gesetz, die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse der Katholiken in Braunschweig betreffend (29. Dezember 1902) .....	20
Nr. 14. Verordnung, die öffentliche Religionsübung im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin betreffend (5. Januar 1903) .....	25

## Zweites Kapitel

### Finanzwesen und Vermögensverwaltung der Kirchen

<i>I. Die Auszahlung der gesperrten Staatsleistungen an die katholische Kirche in Preußen</i> .....	27
Nr. 15. Eingabe der Fuldaer Bischofskonferenz an das preußische Staatsministerium (22. August 1889) .....	28
Nr. 16. Staatsgesetz zur Ausführung des § 9 des Gesetzes, betreffend die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bistümer und Geistlichen vom 22. April 1875 („Sperrgeldgesetz“) (24. Juni 1891) .....	29
<i>II. Die Aufhebung der Stolgebühren in Preußen</i> .....	30
Nr. 17. Kirchengesetz für die evangelische Landeskirche der älteren preußischen Provinzen, betreffend die Aufhebung der Stolgebühren für Taufen, Trauungen und kirchliche Aufgebote (28. Juli 1892) .....	31
Nr. 18. Staatsgesetz, betreffend die Aufhebung von Stolgebühren für Taufen, Trauungen und kirchliche Aufgebote in der evangelischen Landeskirche der älteren preußischen Provinzen (3. September 1892) .....	33
Nr. 19. Schreiben des Erzbischofs Krementz, Köln an den preußischen Kultusminister Bosse (19. Oktober 1892) .....	33
Nr. 20. Schreiben der Minister Miquel und Bosse an den Erzbischof Krementz, Köln (8. Januar 1894) .....	35
<i>III. Die Kirchensteuergesetze im Königreich Preußen (1903 bis 1906)</i> . . .	36
Nr. 21. Kirchengesetz, betreffend die Bildung eines landeskirchlichen Hilfsfonds (16. August 1898) .....	38
Nr. 22. Staatsgesetz, betreffend die Bildung von Gesamtverbänden in der katholischen Kirche (29. Mai 1903) .....	39
Nr. 23. Staatsgesetz, betreffend die Bildung kirchlicher Hilfsfonds für neu zu errichtende katholische Pfarrgemeinden (29. Mai 1903) .....	41
Nr. 24. Kirchengesetz, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den Kirchengemeinden und Parochialverbänden der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen der Monarchie (26. Mai 1905) .....	42
Nr. 25. Staatsgesetz, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den Kirchengemeinden und Parochialverbänden der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen der Monarchie (14. Juli 1905) .....	48

Nr. 26. Staatsgesetz, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den katholischen Kirchengemeinden und Gesamtverbänden (14. Juli 1905) .....	50
Nr. 27. Staatsgesetz, betreffend die Erhebung von Abgaben für kirchliche Bedürfnisse der Diözesen der katholischen Kirche in Preußen (21. März 1906) .....	52
Nr. 28. Verordnung über das Inkrafttreten von Kirchengesetzen betreffend die Erhebung von Kirchensteuern (23. März 1906) .....	53
Nr. 29. Verordnung über das Inkrafttreten von Staatsgesetzen betreffend die Erhebung von Kirchensteuern (23. März 1906) .....	53
Nr. 30. Verordnung über die Ausübung der Rechte des Staates gegenüber der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen der Monarchie (23. März 1906) .....	54
Nr. 31. Verordnung über die Ausübung der Rechte des Staates gegenüber den Kirchengemeinden und Gesamtverbänden der katholischen Kirche (23. März 1906) .....	55
<i>IV. Die preußischen Gesetze über die Pfarrerbesoldung und -versorgung von 1909</i> .....	56
Nr. 32. Staatsgesetz, betreffend die Pfarrbesoldung, das Ruhegehaltswesen und die Hinterbliebenenfürsorge für die Geistlichen der evangelischen Landeskirchen (26. Mai 1909) .....	56
Nr. 33. Staatsgesetz, betreffend das Dienst Einkommen der katholischen Pfarrer (26. Mai 1909) .....	58
Nr. 34. Kirchengesetz, betreffend die weitere Verstärkung der Hilfsfonds für landeskirchliche Zwecke (10. Juli 1909) .....	60
<i>V. Das Kirchensteuerrecht im Königreich Bayern</i> .....	60
Nr. 35. Staatsgesetz, betreffend die Kirchensteuer für die protestantischen Kirchen des Königreichs Bayern (15. August 1908) .....	61
Nr. 36. Bayerische Kirchengemeindeordnung (24. September 1912) .....	65
<i>VI. Das Kirchensteuerrecht im Königreich Württemberg</i> .....	79
Nr. 37. Evangelisches Kirchengemeindegesezt (22. Juli 1906) .....	80
Nr. 38. Katholisches Pfarrgemeindegesezt (22. Juli 1906) .....	91
<i>VII. Das Kirchensteuerrecht im Großherzogtum Baden</i> .....	95
Nr. 39. Gesetz, die Besteuerung für allgemeine kirchliche Bedürfnisse betreffend (18. Juni 1892) .....	95
Nr. 40. Ortskirchensteuergesezt (20. November 1906) .....	99
Nr. 41. Landeskirchensteuergesezt (20. November 1906) .....	103
Nr. 42. Erzbischöfliche Verordnung, die Organisation der katholischen Kirchensteuervertretung betreffend (27. Dezember 1899/8. Juli 1906) .....	103

<i>VIII. Das Kirchensteuerrecht im Großherzogtum Hessen</i> .....	106
Nr. 43. Bekanntmachung des hessischen Innenministers (30. Januar 1900) .....	107
<i>IX. Das Kirchensteuerrecht im Königreich Sachsen</i> .....	107
Nr. 44. Kirchengesetz, den Haushalt der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden betreffend (10. Juli 1913) .....	108
Nr. 45. Kirchensteuergesetz (11. Juli 1913) .....	110
<i>X. Das Kirchensteuerrecht im Herzogtum Braunschweig</i> .....	113
Nr. 46. Gesetz, betreffend die Befugnis der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden zur Erstreckung der kirchlichen Beitragspflicht auf Nichtmitglieder (27. März 1911) .....	114
<i>XI. Das Kirchensteuerrecht im Großherzogtum Oldenburg</i> .....	115
Nr. 47. Staatsgesetz, betreffend die Heranziehung der juristischen Personen und der Forensen zu den Steuern der evangelischen und katholischen Kirche (20. März 1908) .....	116
Nr. 48. Kirchengesetz, betreffend die kirchliche Besteuerung (10. November 1909) .....	118
<i>XII. Die staatliche Besoldung der Geistlichen im Reichsland Elsaß-Lothringen</i> .....	120
Nr. 49. Gesetz, betreffend die Gehalts- und Pensionsverhältnisse der protestantischen Pfarrer und die Fürsorge für deren Witwen und Waisen (6. Juli 1901) .....	121
Nr. 50. Gesetz, betreffend die Gehalts- und Pensionsverhältnisse der staatlich besoldeten Religionsdiener und ihrer Hinterbliebenen (15. November 1909) .....	122

### **Drittes Kapitel**

<b>Staat und Kirche im Schul- und Hochschulwesen</b>	123
<i>I. Das Zentrum und die Schulfrage nach dem Kulturkampf</i> .....	123
Nr. 51. Der Windthorst'sche Schulantrag (6. Februar 1888) .....	124
<i>II. Der Zedlitz'sche Schulgesetz-Entwurf</i> .....	125
Nr. 52. Entwurf eines Volksschulgesetzes (15. Januar 1892) .....	126
Nr. 53. Begründung zum Entwurf eines Volksschulgesetzes (15. Januar 1892) .....	131
<i>III. Das Scheitern des Zedlitz'schen Schulgesetzes</i> .....	135
Nr. 54. Schreiben des Gesandten Graf Philipp zu Eulenburg an Kaiser Wilhelm II. (21. Januar 1892) .....	137

Nr. 55. Brief Friedrich v. Holsteins an den Grafen Eulenburg (24. Januar 1892) .....	138
Nr. 56. Rede des Reichstagsabgeordneten v. Bennigsen (22. Januar 1892) .....	139
Nr. 57. Rede des Ministerpräsidenten v. Caprivi über den Schulgesetzentwurf (29. Januar 1892) .....	140
Nr. 58. Kundgebung des Deutschen Protestantenvereins zum preußischen Volksschulgesetz-Entwurf (1. Februar 1892) .....	142
Nr. 59. Erklärung des Zentralvorstandes des Evangelischen Bundes zum preußischen Entwurf eines Volksschulgesetzes (Februar 1892) .....	143
Nr. 60. Eingabe von Professoren der Universität Halle zum Zedlitzschen Entwurf (9. Februar 1892) .....	145
Nr. 61. Petition von Professoren der Universität Berlin gegen den Zedlitzschen Entwurf (15. Februar 1892) .....	148
Nr. 62. Schreiben des Gesandten Graf Philipp Eulenburg an den Reichskanzler v. Caprivi (24. Februar 1892) .....	149
Nr. 63. Schreiben des Gesandten Graf Philipp Eulenburg an Kaiser Wilhelm II. (10. März 1892) .....	150
Nr. 64. Telegramm Friedrich v. Holsteins an den Grafen Eulenburg (18. März 1892) .....	150
Nr. 65. Rücktrittsgesuch des Reichskanzlers v. Caprivi (18. März 1892) .....	151
<i>IV. Der Religionsunterricht der Dissidentenkinder</i> .....	152
Nr. 66. Erlaß des preußischen Kultusministers v. Zedlitz, betreffend den Religionsunterricht der Kinder der sogenannten Dissidenten (16. Januar 1892) .....	153
Nr. 67. Erlaß des preußischen Kultusministers Bosse, betreffend den Religionsunterricht der höhere Lehranstalten besuchenden Dissidentenkinder (6. Januar 1893) .....	154
<i>V. Die Auseinandersetzungen um den katholischen Religionsunterricht in der Amtszeit des Kultusministers Bosse</i> .....	154
Nr. 68. Eingabe der Fuldaer Bischofskonferenz an den Kultusminister Bosse (23. August 1893) .....	155
Nr. 69. Schreiben des Kultusministers Bosse an den Erzbischof Krementz in Köln (2. November 1895) .....	157
Nr. 70. Schreiben des Kardinalstaatssekretärs Rampolla an den Erzbischof Krementz in Köln (15. August 1897) .....	158
<i>VI. Der Schulkompromiß in Preußen (1904/06)</i> .....	159
Nr. 71. Resolution des preußischen Abgeordnetenhauses („Schulkompromiß“) (13. Mai 1904) .....	160
Nr. 72. Gesetz, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen (28. Juli 1906) .....	161

<i>VII. Die Schulfrage in Bayern</i> .....	165
Nr. 73. Bayerisches Schulbedarfsgesetz (28. Juli 1902) .....	166
Nr. 74. Denkschrift des bayerischen Lehrervereins über die künftige Ge- staltung der Schulleitung in den Volksschulen Bayerns (19. März 1909) .....	167
Nr. 75. Erklärung der bayerischen Bischofskonferenz zur Schulaufsicht (14. April 1909) .....	167
Nr. 76. Schreiben Papst Pius X. an den bayerischen Episkopat (1909) .....	168
<i>VIII. Die Schulfrage in Württemberg</i> .....	169
Nr. 77. Gesetz, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Ge- setze über das Volksschulwesen (17. August 1909) .....	169
<i>IX. Der Bremer Schulstreit</i> .....	172
Nr. 78. Denkschrift der Religionskommission der bremischen Lehrerschaft (4. September 1905) .....	173
<i>X. Die Schulfrage in Elsaß-Lothringen</i> .....	177
Nr. 79. Gesetz, betreffend das Unterrichtswesen (24. Februar 1908) .....	177
Nr. 80. Schreiben des Ministeriums für Elsaß-Lothringen an Bischof Frit- zen, Straßburg (1. Januar 1910) .....	178
Nr. 81. Schreiben des Bischofs Fritzen, Straßburg an das Ministerium für Elsaß-Lothringen (4. Januar 1910) .....	179
Nr. 82. Briefwechsel zwischen dem Kaiserlichen Statthalter Graf Wedel und Bischof Fritzen, Straßburg (9./10. Januar 1910) .....	181
Nr. 83. Abschließender Briefwechsel zwischen dem Kaiserlichen Statthal- ter Graf Wedel und Bischof Fritzen, Straßburg (12./13. Januar 1910) .....	183
<i>XI. Die Errichtung der Katholisch-Theologischen Fakultät in Straßburg</i> ..	185
Nr. 84. Konzept für die Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl (März 1899) .....	186
Nr. 85. Memoire der Kurie über ihre Verhandlungsziele (August 1899) .....	187
Nr. 86. Konvention zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich über die Errichtung der Katholisch-Theologischen Fakultät in Straß- burg (5. Dezember / 20. November 1902) .....	188
<i>XII. Der Fall Spahn und der Kampf um die „Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft“</i> .....	189
Nr. 87. Telegramm Kaiser Wilhelms II. an den Statthalter von Elsaß- Lothringen, den Fürsten Hohenlohe-Langenburg (17. Oktober 1901) .....	191
Nr. 88. Theodor Mommsen, Universitätsunterricht und Konfession (November 1901) .....	192

Nr. 89. Erwiderung Georg von Hertlings auf die Erklärung Theodor Mommsens (17. November 1901) .....	193
Nr. 90. Replik Theodor Mommsens auf die Erwiderung Georg von Hertlings (24. November 1901) .....	194
Nr. 91. Adolf Michaelis, Das Verhalten der Straßburger philosophischen Fakultät im Falle Spahn (November 1901) .....	196
Nr. 92. Adresse von Straßburger Professoren an Theodor Mommsen (Ende November 1901) .....	198
Nr. 93. Erklärung von Martin Spahn zur Straßburger Professorenadresse (Ende November 1901) .....	198
Nr. 94. Ernst Troeltsch, Voraussetzungslose Wissenschaft (Dezember 1901) .....	199

### Viertes Kapitel

#### Kirche und Wehrverfassung 202

<i>I. Die Befreiung der Geistlichen von der Wehrpflicht</i> .....	202
Nr. 95. Reichs-Militärgesetz (2. Mai 1874) .....	204
Nr. 96. Wehrordnung und Heerordnung (28. September 1875) .....	204
Nr. 97. Gesetz, betreffend Änderung der Wehrpflicht (11. Februar 1888) .....	205
Nr. 98. Wehrordnung (22. November 1888/22. Juli 1901) .....	205
Nr. 99. Gesetz, betreffend die Wehrpflicht der Geistlichen (8. Februar 1890) .....	205
Nr. 100. Heerordnung (2. Juli 1909) .....	206
<i>II. Die preußischen militärkirchlichen Dienstordnungen</i> .....	206
Nr. 101. Evangelische militärkirchliche Dienstordnung für die preußische Armee (17. Oktober 1902) .....	209
Nr. 102. Katholische militärkirchliche Dienstordnung (17. Oktober 1902) .....	228
Nr. 103. Verordnung, betreffend die Zugehörigkeit zu den Militärgemeinden (19. Oktober 1904) .....	230
Nr. 104. Badisches Kirchengesetz, die evangelisch-militärkirchlichen Verhältnisse betreffend (14. Januar 1905) .....	231
<i>III. Die sächsischen militärkirchlichen Dienstordnungen</i> .....	234
Nr. 105. Evangelisch-lutherische militärkirchliche Dienstordnung für die Königlich Sächsische Armee (2. April 1911) .....	234
Nr. 106. Katholische militärkirchliche Dienstordnung für die Königlich Sächsische Armee (10. Oktober 1912) .....	239

**Teil B****Staat und katholische Kirche in der Zeit Wilhelms II.****Fünftes Kapitel****Die katholische Hierarchie und die katholische Laienbewegung 243**

<i>I. Der Staat und die Papstwahl</i> .....	243
Nr. 107. Schreiben des Fürstbischofs Kopp an Reichskanzler Fürst Bülow (4. August 1903) .....	245
Nr. 108. Konstitution Papst Pius X. gegen die Einmischung des Staates in die Papstwahl (20. Januar 1904) .....	246
<i>II. Die Freiheit der Bischofswahlen</i> .....	247
Nr. 109. Schreiben des Kardinalstaatssekretärs Rampolla an die preußi- schen und oberrheinischen Bischöfe und Domkapitel über die Bischofs- wahlen (20. Juli 1900) .....	248
<i>III. Die Stellung der deutschen Kardinäle</i> .....	251
Nr. 110. Schreiben Papst Leos XIII. an Kaiser Wilhelm II. über die Er- nennung preußischer Kardinäle (4. Dezember 1892) .....	252
Nr. 111. Schreiben Kaiser Wilhelms II. an Papst Leo XIII. über die Ernen- nung preußischer Kardinäle (20. Dezember 1892) .....	252
Nr. 112. Schreiben des bayerischen Kultusministers v. Wehner an den baye- rischen Minister des Äußern v. Podewils (1. Mai 1903) .....	253
Nr. 113. Bericht der Bayerischen Gesandtschaft am Päpstlichen Stuhl an den bayerischen Kultusminister v. Wehner (17. Juni 1903) .....	254
Nr. 114. Schreiben des preußischen Kultusministers v. Studt an den preu- ßischen Außenminister Graf v. Bülow (10. April 1904) .....	255
<i>IV. Die Deutsche Zentrumspartei im Verhältnis zu Kirche und Staat</i> ....	256
Nr. 115. Julius Bachem, Wir müssen aus dem Turm heraus! (1. März 1906) .....	258
Nr. 116. Grundsätze der „Osterdienstagskonferenz“ (13. April 1909) .....	261
Nr. 117. Berliner Erklärung der leitenden Organe der Zentrumspartei (28. November 1909) .....	262
<i>V. Der deutsche Katholikentag</i> .....	263
Nr. 118. Resolution des Katholikentags in Neisse zur römischen Frage (27. August 1899) .....	264
Nr. 119. Satzung für die Generalversammlung der Katholiken Deutsch- lands (25. August 1904) .....	265
Nr. 120. Handschreiben Papst Pius X. an den Erzbischof von Köln Kardi- nal Fischer (30. Oktober 1906) .....	267

<i>VI. Der Volksverein für das katholische Deutschland</i> .....	268
Nr. 121. Statuten des Volksvereins für das katholische Deutschland (24. Oktober 1890) .....	269
Nr. 122. Aufruf des Volksvereins für das katholische Deutschland (22. November 1890) .....	270
Nr. 123. Satzung des Volksvereins für das katholische Deutschland (21. August 1906) .....	271
Nr. 124. Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz über den Volksverein für das katholische Deutschland (6. August 1909) .....	272

**Sechstes Kapitel**

**Der deutsche Katholizismus und die soziale Frage** 273

<i>I. Papst Leo XIII., die soziale Frage und die katholische Arbeiterbewe- gung</i> .....	273
Nr. 125. Hirtenschreiben der Fuldaer Bischofskonferenz zur sozialen Frage (22. August 1890) .....	274
Nr. 126. Enzyklika Papst Leos XIII. „Rerum novarum“ über die Arbeiter- frage (15. Mai 1891) .....	284
<i>II. Der deutsche Episkopat und die Arbeiterfrage</i> .....	307
Nr. 127. Hirtenschreiben der Fuldaer Bischofskonferenz („Fuldaer Pastro- rale“) .....	308
Nr. 128. Erlaß des Erzbischofs Noerber, Freiburg, an den Klerus der Erz- diözese (1. Oktober 1900) .....	312
Nr. 129. Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz (14. Dezember 1910) .....	313
<i>III. Papst Pius X., die soziale Frage und die Arbeiterbewegung</i> .....	314
Nr. 130. Note des bayerischen Ministerpräsidenten Graf Hertling an den Kardinalstaatssekretär Merry del Val (Sommer 1912) .....	316
Nr. 131. Promemoria zur Note des bayerischen Ministerpräsidenten Graf Hertling an den Kardinalstaatssekretär Merry del Val (Sommer 1912) .....	319
Nr. 132. Enzyklika Pius X. an die Bischöfe Deutschlands „Singulari qua- dam“ .....	324
Nr. 133. Schreiben der Fuldaer Bischofskonferenz an die Geistlichen ihrer Diözesen (5. November 1912) .....	328
Nr. 134. Schreiben des Kardinalstaatssekretärs Merry del Val an die deut- schen Erzbischöfe und Bischöfe (8. Januar 1914) .....	329
Nr. 135. Schreiben des Fürstbischofs von Breslau, Kardinal Kopp, an den Reichsgrafen von Oppersdorff (21. Januar 1914) .....	330
Nr. 136. Hirtenschreiben der Bischöfe der Niederrheinischen Kirchenpro- vinz (13. Februar 1914) .....	331

**Siebentes Kapitel**

<b>Staat und katholische Kirche vom Ausgang des Kulturkampfes bis zum Ende der Amtszeit Papst Leos XIII.</b>	<b>335</b>
<i>I. Die Stellung Leos XIII. zur modernen Staatsidee</i> .....	335
Nr. 137. Die Enzyklika „Immortale Dei“ über die christliche Staatsordnung (1. November 1885) .....	336
Nr. 138. Die Enzyklika „Sapientiae christianae“ über die christlichen Bürgerpflichten (10. Januar 1890) .....	343
<i>II. Leo XIII. und die „Christliche Demokratie“</i> .....	348
Nr. 139. Die Enzyklika „Graves de communi“ über die christliche Demokratie (18. Januar 1901) .....	349
<i>III. Der Kampf um das Jesuitengesetz (1890 - 1903)</i> .....	352
Nr. 140. Antrag Windthorst im Reichstag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes (3. Dezember 1890) .....	353
Nr. 141. Bittschrift des Evangelischen Bundes an Kaiser Wilhelm II. (1891) .....	354
Nr. 142. Bekanntmachung, betreffend die Ausführung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu (18. Juli 1894) .....	356
Nr. 143. Eingabe der Fuldaer Bischofskonferenz an den Reichskanzler Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst (21. August 1895) .....	356
Nr. 144. Interpellation des Abgeordneten Graf Hompesch im Reichstag (13. Juni 1896) .....	358
Nr. 145. Antwort des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe auf die Interpellation des Zentrumsabgeordneten Graf Hompesch (17. Juni 1896) .....	358
<i>IV. Der Streit um die Canisius-Enzyklika</i> .....	359
Nr. 146. Enzyklika Papst Leos XIII. „Militantis Ecclesiae“ an die Erzbischöfe und Bischöfe Österreichs, Deutschlands und der Schweiz (Canisius-Enzyklika) (1. August 1897) .....	360
Nr. 147. Rede des Präsidenten des Oberkirchenrats der alt-preußischen Union Barkhausen bei der Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins (29. September 1897) .....	362
Nr. 148. Beschluß der preußischen Generalsynode zur Canisius-Enzyklika (24. November 1897) .....	363

**Achtes Kapitel**

<b>Staat und katholische Kirche in der Amtszeit Papst Pius X.</b>	<b>364</b>
<i>I. Die Stellung des Nuntius in München</i> .....	364
Nr. 149. Schreiben des preußischen Kultusministers Studt an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Frh. v. Richthofen (1. August 1904) .....	364

<i>II. Das kirchliche Eherecht unter Papst Pius X.</i> .....	366
Nr. 150. Dekret Papst Pius X. „Provida“ betreffend die Eheschließungsreform für Deutschland (18. Januar 1906) .....	367
Nr. 151. Einführung des Dekrets „Provida“, hier: durch Erlaß des Bischofs v. Busch, Speyer (Februar/März 1906) .....	369
Nr. 152. Anweisung des Erzbischofs von Köln, betreffend die Ausführung des Dekrets „Ne temere“ vom 2. August 1907 und der Konstitution „Provida“ vom 13. Januar 1906 (24. März 1908) .....	371
Nr. 153. Unterweisung für das Volk (24. März 1908) .....	372
<i>III. Die Kundgebungen Pius X. und der Kurie gegen den Modernismus vom Jahr 1907</i> .....	374
Nr. 154. Das Dekret „Lamentabili“ der Kongregation für die heilige römische und universale Inquisition (Der „neue Syllabus“) (3. Juli 1907) .....	376
Nr. 155. Enzyklika Papst Pius X. „Pascendi dominici gregis“ über die Lehre der Modernisten (8. September 1907) .....	380
Nr. 156. Allokution Papst Pius X. im geheimen Konsistorium über den Modernismus (16. Dezember 1907) .....	406

**Neuntes Kapitel**

**Der deutsche Katholizismus und der Anti-Modernismus**

409

<i>I. Der deutsche Episkopat und der Kampf gegen den Modernismus</i> .....	409
Nr. 157. Schreiben des Erzbischofs Kardinal Fischer, Köln, an Papst Pius X. (14. Dezember 1907) .....	409
Nr. 158. Schreiben des Kardinalstaatssekretärs Merry del Val an den Kölner Erzbischof Kardinal Fischer (17. Dezember 1907) .....	410
Nr. 159. Schreiben der deutschen Bischöfe an Papst Pius X. (24. Dezember 1907) .....	411
<i>II. Das bayerische Plazet für die Enzyklika „Pascendi dominici gregis“</i> ..	412
Nr. 160. Erlaß des Kultusministers Wehner an den Erzbischof v. Stein, München-Freising (30. September 1907) .....	413
Nr. 161. Schreiben des Kultusministers Wehner an den Erzbischof v. Stein, München-Freising (30. September 1907) .....	413
Nr. 162. Schreiben Papst Pius X. an die bayerischen Bischöfe (8. Dezember 1907) .....	414
<i>III. Die Suspension des Münchener Theologen Joseph Schnitzer</i> .....	416
Nr. 163. Joseph Schnitzer, Die Enzyklika Pascendi und die katholische Theologie (1. Februar 1908) .....	418

Nr. 164. Schreiben des Apostolischen Nuntius Frühwirth an den Erzbischof v. Stein, München-Freising (6. Februar 1908) .....	422
Nr. 165. Rede des Abgeordneten Casselmann im bayerischen Landtag (10. Februar 1908) .....	422
Nr. 166. Rede des Kultusministers v. Wehner im bayerischen Landtag (11. Februar 1908) .....	424
<i>IV. Der Anti-Modernismus-Eid</i> .....	427
Nr. 167. Eid der Doctores in sacra scriptura gemäß dem Motu proprio „Illibatae custodiendae“ Papst Pius X. (29. Juni 1910) .....	428
Nr. 168. Motu proprio „Sacrorum antistitum“ Papst Pius X. (1. September 1910) .....	429
Nr. 169. Schreiben Papst Pius X. an den Kardinal Fischer, Erzbischof von Köln (31. Dezember 1910) .....	432
<i>V. Die preußische Regierung und der Anti-Modernismus-Eid</i> .....	433
Nr. 170. Rede des Abgeordneten Friedberg vor dem preußischen Abgeordnetenhaus (14. Januar 1911) .....	435
Nr. 171. Rede des preußischen Kultusministers von Trott zu Solz vor dem preußischen Abgeordnetenhaus (14. Januar 1911) .....	436
Nr. 172. Rede des preußischen Kultusministers von Trott zu Solz vor dem preußischen Abgeordnetenhaus (16. Januar 1911) .....	437
Nr. 173. Schreiben der katholisch-theologischen Fakultät Münster an Bischof Dingelstad, Münster (31. Januar 1911) .....	438
Nr. 174. Schreiben des Bischofs Dingelstad, Münster, an die katholisch-theologische Fakultät Münster (5. Februar 1911) .....	439
Nr. 175. Schreiben des Kardinalstaatssekretärs Merry del Val an den Fürstbischof Kopp, Breslau (10. Februar 1911) .....	440
Nr. 176. Erklärung des Kultusministers v. Trott zu Solz vor dem Hausaltsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses (27. Februar 1911) .....	441
Nr. 177. Erklärung des konservativen Fraktionsvorsitzenden v. Heydebrand und der Lasa vor dem preußischen Abgeordnetenhaus (7. März 1911) .....	442
Nr. 178. Erklärung des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg vor dem preußischen Abgeordnetenhaus (7. März 1911) .....	443
Nr. 179. Erklärung des Kardinals v. Kopp, Fürstbischof von Breslau, vor dem preußischen Herrenhaus (7. April 1911) .....	450
<i>VI. Die Stellung der bayerischen Regierung zum Anti-Modernismus-Eid</i> .....	456
Nr. 180. Schreiben des bayerischen Kultusministers v. Wehner an den Ministerpräsidenten Graf Podewils (7. Februar 1911) .....	457
<i>VII. Die Stellung der württembergischen und der badischen Regierungen zum Anti-Modernismus-Eid</i> .....	460
Nr. 181. Rede des württembergischen Kultusministers v. Fleischhauer vor der Zweiten Kammer (1. Februar 1911) .....	460

Nr. 182. Bescheid des badischen Kultusministers Böhm an die Budget-Kommission des Landtags (Januar 1912) .....	462
<i>VIII. Der Streit um die Borromäus-Enzyklika</i> .....	465
Nr. 183. Die Enzyklika „Editae saepe“ Papst Pius X. (Borromäus-Enzyklika) (26. Mai 1910) .....	466
Nr. 184. Protestnote des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg an den Kardinalstaatssekretär Merry del Val (6. Juni 1910) .....	467
Nr. 185. Telegramm des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg an den Gesandten v. Mühlberg (6. Juni 1910) .....	468
Nr. 186. Kundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses, betreffend die Borromäus-Enzyklika des Papstes (10. Juni 1910) .....	468
Nr. 187. Schreiben des Kardinalstaatssekretärs Merry del Val an den preußischen Gesandten v. Mühlberg (13. Juni 1910) .....	470

### Zehntes Kapitel

<b>Der Fortgang der Auseinandersetzungen um das Jesuitengesetz</b> .....	471
<i>I. Die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes (1904)</i> .....	471
Nr. 188. Gesetz, betreffend die Aufhebung des § 2 des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1872 (8. März 1904) .....	471
Nr. 189. Kundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses zur Frage des Jesuitengesetzes (April 1904) .....	472
<i>II. Bayern und das Jesuitengesetz (1911 - 1912)</i> .....	474
Nr. 190. Erlaß der bayerischen Regierung zum Jesuitengesetz (4. August 1911) .....	476
Nr. 191. Der Jesuitenerlaß der bayerischen Minister v. Soden (Inneres) und v. Knilling (Kultus) (11. März 1912) .....	477
Nr. 192. Interpellation der nationalliberalen Fraktion des Reichstags wegen des bayerischen Jesuitenerlasses (17. April 1912) .....	480
Nr. 193. Antrag des bayerischen Bevollmächtigten zum Bundesrat Graf Lerchenfeld betreffend den Vollzug des Jesuitengesetzes (18. April 1912) .....	480
Nr. 194. Erklärung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg, betreffend den bayerischen Jesuitenerlaß (26. April 1912) .....	482
Nr. 195. Eingabe des bayerischen Episkopats an den Bundesrat (16. Juli 1912) .....	483
Nr. 196. Beschluß des Bundesrats (28. November 1912) .....	486
Nr. 197. Erklärung des Abgeordneten Spahn im Namen der Zentrumsfraktion vor dem Reichstag (4. Dezember 1912) .....	486
Nr. 198. Rede des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg im Reichstag (4. Dezember 1912) .....	487

<i>III. Der Reichstag und das Jesuitengesetz (1912 - 1913)</i> .....	489
Nr. 199. Rede des Abgeordneten Spahn zur Begründung des Antrags auf Aufhebung des Jesuitengesetzes (19. Februar 1913) .....	490

### Elftes Kapitel

<b>Staat und Katholische Kirche in der Zeit des Ersten Weltkriegs</b>	492
<i>I. Papst Pius X. und der Kriegsausbruch</i> .....	492
Nr. 200. Breve Papst Pius X. „Dum Europa fere“ (2. August 1914) .....	492
<i>II. Die Wahl Papst Benedikts XV.</i> .....	493
Nr. 201. Mahnruf Papst Benedikts XV. an alle Katholiken der Welt (8. September 1914) .....	494
Nr. 202. Allokution Papst Benedikts XV. im Konsistorium (22. Januar 1915) .....	495
<i>III. Die Einführung des Codex Iuris Canonici</i> .....	496
Nr. 203. Apostolische Konstitution Papst Benedikts XV. „Providentissima Mater Ecclesia“ (27. Mai 1917) .....	497
Nr. 204. Motu proprio Papst Benedikts XV. „Cum iuris canonici Codicem“ (15. September 1917) .....	500
<i>IV. Die Aufhebung des Jesuitengesetzes (1917)</i> .....	502
Nr. 205. Gesetz, betreffend die Aufhebung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1872 (19. April 1917) .....	503
Nr. 206. Kundgebung des Zentralvorstands des Evangelischen Bundes (24. April 1917) .....	503
<i>V. Die Friedensbemühungen Papst Benedikts XV.</i> .....	504
Nr. 207. Schreiben Papst Benedikts XV. an Kaiser Wilhelm II. (13. Juni 1917) .....	506
Nr. 208. Bericht des Barons v. Grünau an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg (3. Juli 1917) .....	507
Nr. 209. Schreiben Kaiser Wilhelms II. an Papst Benedikt XV. (15. Juli 1917) .....	509
Nr. 210. Friedenskundgebung Papst Benedikts XV. (1. August 1917) .....	510
Nr. 211. Note des Reichskanzlers Michaelis an den Kardinalstaatssekretär Gasparri (19. September 1917) .....	513
Nr. 212. Das Ergebnis der parlamentarischen Untersuchung über die Frie- densinitiative Benedikts XV. (3. September 1922) .....	516
<i>VI. Die politischen Forderungen der deutschen Bischöfe im Jahr 1917</i> ....	517
Nr. 213. Hirtenschreiben des deutschen Episkopats über die kirchenpoli- tischen Forderungen und Aufgaben der Gegenwart (1. November 1917) .....	517

<i>VII. Der deutsche Katholizismus und die preußische Wahlrechtsreform</i> ..	530
Nr. 214. Entwurf der Zentrumsfraktion des preußischen Landtags für die „Sicherungsartikel“ (Februar 1918) .....	532
Nr. 215. Schreiben des Fürstbischofs Bertram, Breslau, an den Zentrums- politiker Porsch (1. März 1918) .....	534
Nr. 216. Zweites Schreiben des Fürstbischofs Bertram, Breslau, an den Zentrumspolitiker Porsch (1. März 1918) .....	535
Nr. 217. Pressemitteilung des Kardinals v. Hartmann, Köln (Juni 1918) .....	537
<i>VIII. Die preußischen Sicherungsartikel für Kirche und Schule (1918)</i> ....	538
Nr. 218. Die Sicherungsartikel für Kirche und Schule, beschlossen im preußischen Abgeordnetenhaus in der vierten Lesung des Entwurfs des „Mantel-Gesetzes“ zur preußischen Wahlreform (12. Juni 1918) .....	539

## Teil C

### Staat und evangelische Kirche in der Zeit Wilhelms II.

#### Zwölftes Kapitel

<b>Organisationen und Programme des deutschen Protestantismus</b>	540
<i>I. Der Evangelische Bund</i> .....	540
Nr. 219. Aufruf des Evangelischen Bundes (Januar 1887) .....	541
<i>II. Das kirchenpolitische Programm Wilhelms II. in Preußen</i> .....	542
Nr. 220. Notatum des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats, Barkhausen (25. Februar 1891) .....	543
<i>III. Die kirchlichen Selbständigkeitsbestrebungen</i> .....	545
Nr. 221. Denkschrift des Evangelischen Oberkirchenrats, betreffend die Bewegung in der evangelischen Kirche Preußens gegen das landesherr- liche Kirchenregiment (25. Februar 1893) .....	547
Nr. 222. Denkschrift des Evangelischen Oberkirchenrats über die Ent- wicklung der altpreußischen Landeskirche (1900) .....	562
<i>IV. Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß</i> .....	564
Nr. 223. Satzung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses (13. Juni 1903) .....	565
Nr. 224. Beschluß der preußischen Generalsynode zur Gründung des Deut- schen Evangelischen Kirchenausschusses (28. Oktober 1903) .....	568
Nr. 225. Kundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses an das deutsche evangelische Volk (10. November 1903) .....	569

**Dreizehntes Kapitel**

<b>Die Fortbildung der kirchlichen Gesetzgebung</b>	<b>572</b>
<i>I. Die altpreussische evangelische Landeskirche</i>	572
Nr. 226. Staatsgesetz, betreffend die Kirchengemeinde- und Synodalordnung sowie die Generalsynodalordnung (28. Mai 1894)	572
<i>II. Die Bildung des Konsistorialbezirks Frankfurt</i>	573
Nr. 227. Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung für die evangelischen Kirchengemeinschaften des Konsistorialbezirks Frankfurt a. M. (27. September 1899)	574
<i>III. Das landesherrliche Kirchenregiment in Württemberg</i>	576
Nr. 228. Kirchliches Gesetz, betreffend die Ausübung der landesherrlichen Kirchenregimentsrechte im Falle der Zugehörigkeit des Königs zu einer anderen als der evangelischen Konfession (28. März 1898)	577
Nr. 229. Staatsgesetz, betreffend das kirchliche Gesetz über Ausübung der landesherrlichen Kirchenregimentsrechte im Falle der Zugehörigkeit des Königs zu einer anderen als der evangelischen Konfession (28. März 1898)	580
Nr. 230. Königliche Verordnung, betreffend die Evangelische Kirchenregierung (31. Oktober 1918)	580
Nr. 231. Vorläufiges kirchliches Gesetz, betreffend die Ausübung der landesherrlichen Kirchenregimentsrechte in der evangelischen Landeskirche Württembergs (9. November 1918)	582
<i>IV. Die Kirchengemeindeordnung für Braunschweig</i>	583
Nr. 232. Kirchengemeindeordnung für die evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden des Herzogtums Braunschweig (11. Juni 1909)	584

**Vierzehntes Kapitel**

<b>Der Fall Stoecker</b>	<b>592</b>
<i>I. Die erste Stoecker-Krise (1880)</i>	592
Nr. 233. Beschwerde des Bankiers v. Bleichröder an Kaiser Wilhelm I. über Stoeckers Agitation (18. Juni 1880)	594
Nr. 234. Schreiben des Hofpredigers Stoecker an Kaiser Wilhelm I. (23. September 1880)	594
Nr. 235. Schreiben Bismarcks an den Kultusminister v. Puttkamer (16. Oktober 1880)	596
Nr. 236. Erlaß Kaiser Wilhelms I. an den Hofprediger Stoecker (29. Dezember 1880)	597
<i>II. Die zweite Stoecker-Krise (1883)</i>	598
Nr. 237. Schreiben Kaiser Wilhelms I. an den Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats Hermes (18. November 1883)	599

Nr. 238. Erlaß Kaiser Wilhelms I. an den Hofprediger Stoecker (29. November 1883) .....	599
Nr. 239. Schreiben des Hofpredigers Stoecker an den Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats Hermes (30. November 1883) .....	600
<i>III. Die dritte Stoecker-Krise (1885) .....</i>	<i>600</i>
Nr. 240. Briefwechsel zwischen Stoecker und seiner Frau nach dem Bäcker- Prozeß (25. - 27. Juli 1885) .....	601
Nr. 241. Schreiben des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats Hermes an den Hofprediger Stoecker (27. Juli 1885) .....	602
Nr. 242. Schreiben des Prinzen Wilhelm an Kaiser Wilhelm I. (5. August 1885) .....	602
Nr. 243. Schreiben des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats Hermes an den Hofprediger Stoecker (29. Dezember 1885) .....	603
<i>IV. Prinz Wilhelm und der Evangelisch-kirchliche Hilfsverein .....</i>	<i>604</i>
Nr. 244. Offiziöser Bericht über die Waldersee-Versammlung (2. Dezember 1887) .....	606
Nr. 245. Rede des Prinzen Wilhelm bei der Waldersee-Versammlung (28. November 1887) .....	608
Nr. 246. Schreiben des Prinzen Wilhelm an Bismarck (21. Dezember 1887) .....	609
Nr. 247. Schreiben Bismarcks an den Prinzen Wilhelm (6. Januar 1888) .....	613
Nr. 248. Schreiben des Prinzen Wilhelm an Bismarck (14. Januar 1888) .....	616
Nr. 249. Bitte um Hilfe für die Stadtmission in den großen Städten (30. Januar 1888) .....	617
<i>V. Die Entfremdung zwischen Kaiser Wilhelm II. und Stoecker (1888) ..</i>	<i>619</i>
Nr. 250. Schreiben des Hofpredigers Stoecker an den Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ Wilhelm v. Hammerstein („Scheiterhaufenbrief“) (14. August 1888) .....	620
Nr. 251. Erklärung des Freikonservativen Graf Sholto Douglas über die Beziehungen Kaiser Wilhelms II. zu Stoecker (4. Oktober 1888) .....	621
Nr. 252. Erklärung des konservativen Abgeordneten Christoph Joseph Cremer gegen den christlichen „Boulangismus“ (1888) .....	623
<i>VI. Stoeckers Verzicht auf politische Wirksamkeit (1889) .....</i>	<i>623</i>
Nr. 253. Erlaß Kaiser Wilhelms II. an den Evangelischen Oberkirchenrat (20. März 1889) .....	624
Nr. 254. Bericht des Evangelischen Oberkirchenrats an Kaiser Wilhelm II. (29. März 1889) .....	626
Nr. 255. Schreiben des Hofpredigers Stoecker an den Geheimen Kabinetts- rat v. Lucanus (8. April 1889) .....	626
Nr. 256. Erlaß Kaiser Wilhelms II. an den Evangelischen Oberkirchenrat (15. April 1889) .....	627
Nr. 257. Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrats an den Hofprediger Stoecker (29. April 1889) .....	628

Nr. 258. Mitteilung Kaiser Wilhelms II. an das preußische Staatsministerium (30. April 1889) .....	629
<i>VII. Die Entlassung Stoeckers</i> .....	629
Nr. 259. Entlassungsgesuch des Hofpredigers Stoecker an Kaiser Wilhelm II. (4. November 1890) .....	630
Nr. 260. Schreiben des Chefs des Kaiserlichen Zivilkabinetts v. Lucanus an den Evangelischen Oberkirchenrat (6. November 1890) .....	631
Nr. 261. Aufruf zum Bau der Stadtmissionskirche (September 1891) .....	632
<i>VIII. Stoeckers Trennung von der Deutschkonservativen Partei und die Gründung der Kirchlich-Sozialen Konferenz</i> .....	633
Nr. 262. Beschluß des Geschäftsführenden Ausschusses (Elfer-Ausschusses) der Deutsch-konservativen Partei (16. Januar 1896) .....	634
Nr. 263. Antrag Adolf Stoeckers an den Elferausschuß der Deutsch-konservativen Partei (2. Februar 1896) .....	635
Nr. 264. Telegramm Kaiser Wilhelms II. an den Geheimrat Hinzpeter (28. Februar 1896) .....	635
Nr. 265. Gründungsaufwurf der Freien Kirchlich-Sozialen Konferenz (21. Juli 1896) .....	635
<i>IX. Stoeckers Bemühungen um die kaiserliche Rehabilitierung</i> .....	637
Nr. 266. Eingabe Adolf Stoeckers an Kaiser Wilhelm II. (23. Dezember 1898) .....	638
Nr. 267. Aktennotiz des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats Barkhausen (25. April 1899) .....	639
Nr. 268. Bericht des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats Barkhausen an Kaiser Wilhelm II. (29. Mai 1899) .....	640

### **Fünfzehntes Kapitel**

<b>Der Fall Harnack und der Apostolikumsstreit</b>	645
<i>I. Adolf Harnacks Berufung nach Berlin</i> .....	645
Nr. 269. Kabinettsordre König Friedrich Wilhelms IV., betreffend die Ergänzung des Ressort-Reglements für die innere evangelische Kirchenverwaltung (5. Februar 1855) .....	648
Nr. 270. Schreiben des Evangelischen Oberkirchenrats an den preußischen Kultusminister v. Goßler (29. Februar 1888) .....	649
Nr. 271. Schreiben des Kultusministers v. Goßler an den Evangelischen Oberkirchenrat (24. März 1888) .....	649
Nr. 272. Fragen des preußischen Kultusministeriums an die fünf Gutachter im Fall Harnack (29. Mai 1888) .....	650

Nr. 273. Schreiben des Kultusministers v. Goßler an Bismarck (17./27. Juni 1888) .....	651
Nr. 274. Schreiben des Chefs der Reichskanzlei v. Rottenburg an den Kultusminister v. Goßler (27. Juni 1888) .....	652
Nr. 275. Schreiben des Kultusministers v. Goßler an den Evangelischen Oberkirchenrat (14. Juli 1888) .....	652
Nr. 276. Bericht des Evangelischen Oberkirchenrats an den Kultusminister v. Goßler (6. September 1888) .....	653
Nr. 277. Erlaß Kaiser Wilhelms II. an den Kultusminister v. Goßler (17. September 1888) .....	654
Nr. 278. Ehrendoktorurkunde der Theologischen Fakultät Gießen für Otto v. Bismarck (10. November 1888) .....	654
Nr. 279. Dankschreiben Bismarcks an die Theologische Fakultät der Universität Gießen (22. November 1888) .....	655
Nr. 280. Mitteilung des Evangelischen Oberkirchenrats an die preußische Generalsynode zur Besetzung der theologischen Professuren (4. November 1891) .....	656
Nr. 281. Beschluß der preußischen Generalsynode zur Besetzung der theologischen Professuren (31. Oktober 1903) .....	657
<i>II. Der Fall Schrempf</i> .....	658
Nr. 282. Eidesvorhalt für die württembergischen Pfarrer (28. Januar 1827) .....	659
Nr. 283. Mitteilung des Pfarrers Schrempf an das Dekanat Blaufelden (5. Juli 1891) .....	660
Nr. 284. Zuschrift des Kirchengemeinderats und bürgerlichen Gemeinderats von Leuzendorf an das württembergische Landeskonsistorium (10. August 1891) .....	660
Nr. 285. Erlaß des Landeskonsistoriums an das Dekanatamt Blaufelden (18. August 1891) .....	661
Nr. 286. Erlaß des Landeskonsistoriums an das Dekanatamt Blaufelden (27. Oktober 1891) .....	662
Nr. 287. Schreiben von Christoph Schrempf an das Landeskonsistorium (22. November 1891) .....	664
Nr. 288. Erlaß des Landeskonsistoriums an das gemeinschaftliche Oberamt Gerabronn-Blaufelden (15. Dezember 1891) .....	665
Nr. 289. Erlaß des Landeskonsistoriums an das gemeinschaftliche Oberamt Gerabronn-Blaufelden (3. Juni 1892) .....	666
<i>III. Der Streit um Adolf Harnacks Stellungnahme zum Apostolikum</i> ....	666
Nr. 290. Erklärung Adolf Harnacks zum apostolischen Glaubensbekenntnis (18. August 1892) .....	669
Nr. 291. Stellungnahme der preußischen Evangelisch-Lutherischen Konferenz zum Apostolikumsstreit (20. September 1892) .....	673
Nr. 292. Erklärung der deutschen Adelsgenossenschaft zum Apostolikumsstreit (September 1892) .....	673
Nr. 293. Eisenacher Erklärung von Freunden und Mitarbeitern der „Christlichen Welt“ (5. Oktober 1892) .....	674

Nr. 294. Erklärung des Vorstands der Positiven Union zum Apostolikumsstreit (12. Oktober 1892) .....	675
Nr. 295. Erklärung einer Versammlung der „Kirchlichen Vereinigung“ zum Apostolikumsstreit (14. Oktober 1892) .....	675
Nr. 296. Erklärung Kaiser Wilhelms II. in Wittenberg („Wittenberger Bekenntnis“) (31. Oktober 1892) .....	675
Nr. 297. Schreiben des Chefs des Kaiserlichen Zivilkabinetts v. Lucanus an den preußischen Kultusminister Bosse (12. November 1892) .....	677
Nr. 298. Zirkularerlaß des Evangelischen Oberkirchenrats, betreffend den Gebrauch und die Wertschätzung des Apostolischen Glaubensbekenntnisses (25. November 1892) .....	677
<i>IV. Der Fall Steudel</i> .....	679
Nr. 299. Eingabe von 153 Geistlichen an das württembergische Landeskonsistorium (16. Januar 1893) .....	680
Nr. 300. Erlaß des württembergischen Landeskonsistoriums an die 153 Geistlichen (26. Januar 1893) .....	680
Nr. 301. Erklärung der Pfarrer Finckh, Gmelin und Steudel (8. Dezember 1894) .....	681
Nr. 302. Eingabe der Gemeinde Maienfels an König Wilhelm II. von Württemberg (28. April 1895) .....	682
Nr. 303. Württembergisches Kirchengesetz, betreffend die Behandlung dienstlicher Verfehlungen und die unfreiwillige Pensionierung der evangelischen Geistlichen (18. Juli 1895) .....	683
Nr. 304. Disziplinarurteil gegen Friedrich Steudel (11. Februar 1896) .....	685

### Sechzehntes Kapitel

<b>Die evangelische Kirche und die soziale Frage</b> .....	691
<i>I. Die Sozialpolitik Kaiser Wilhelms II. und die evangelischen Kirchenbehörden im Jahr 1890</i> .....	691
Nr. 305. Rede Kaiser Wilhelms II. vor dem Preußischen Staatsrat (14. Februar 1890) .....	692
Nr. 306. Ansprache des preußischen Evangelischen Oberkirchenrats an die Geistlichen der Landeskirche über Mitarbeit an der Lösung der sozialen Frage (17. April 1890) .....	694
Nr. 307. Ansprache des sächsischen Landeskonsistoriums an die Gemeinden (8. Mai 1890) .....	698
Nr. 308. Erlaß des Landeskonsistoriums in Hannover an die Geistlichen über die Aufgabe der Kirche gegenüber der sozialen Frage (25. August 1890) .....	701
Nr. 309. Rundschreiben der Generalsuperintendenten des Konsistorialbezirks Kassel an die Geistlichen (26. November 1890) .....	703

<i>II. Der Evangelisch-Soziale Kongreß</i> .....	706
Nr. 310. Einladung zum ersten Evangelisch-Sozialen Kongreß (Frühjahr 1890) .....	710
Nr. 311. Satzung des Evangelisch-Sozialen Kongresses (29. Mai 1891) .....	710
Nr. 312. Arbeitsprogramm des Evangelisch-Sozialen Kongresses (31. Mai 1891) .....	711
Nr. 313. Erklärung des Aktionskomitees des Evangelisch-Sozialen Kongresses (Februar 1895) .....	712
<i>III. Die Evangelischen Arbeitervereine</i> .....	713
Nr. 314. Aufruf des Geschäftsführenden Ausschusses des Gesamtverbands evangelischer Arbeitervereine Deutschlands (69. August 1890) .....	714
Nr. 315. Grundlinien für ein evangelisch-soziales Programm und Arbeits- programm der evangelischen Arbeitervereine (31. Mai 1893) .....	715
Nr. 316. Programm des Gesamtverbands der Evangelischen Arbeiterver- eine Deutschlands (24. Oktober 1906) .....	717
<i>IV. Die preußische Generalsynode und die soziale Frage 1891</i> .....	718
Nr. 317. Mitteilung des Evangelischen Oberkirchenrats an die Generalsy- node der evangelischen Landeskirche, betreffend die Aufgaben der evangelischen Kirche auf sozialem Gebiete (5. November 1891) .....	719
Nr. 318. Beschluß der preußischen Generalsynode (3. Dezember 1891) .....	721
<i>V. Die Aufgaben der Kirche und der staatliche Kampf gegen die Sozial- demokratie (1893/94)</i> .....	722
Nr. 319. Erlaß des preußischen Innenministeriums Graf Eulenburg an die preußischen Regierungspräsidenten (29. Juli 1893) .....	723
Nr. 320. Schreiben des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats Barkhausen an den Präsidenten des Landeskonsistoriums in Münster (23. Februar 1894) .....	724
<i>VI. Der preußische Oberkirchenrat und die sozialpolitische Wirksamkeit der Pfarrer (1895)</i> .....	725
Nr. 321. Erlaß des Oberkirchenrats der altpreußischen Landeskirche, be- treffend die Beteiligung der Pfarrer an der sozialpolitischen Bewegung (16. Dezember 1895) .....	727
Nr. 322. Resolution des Evangelisch-Sozialen Kongresses (28. Mai 1896) .....	730
Nr. 323. Beschluß der preußischen Generalsynode zur Beteiligung der Geistlichen an der sozialpolitischen Bewegung (13. Dezember 1897) .....	731
<i>VII. Die preußische Generalsynode und die soziale Frage 1903</i> .....	732
Nr. 324. Beschluß der preußischen Generalsynode zur sozialen Frage (3. November 1903) .....	732
Nr. 325. Ansprache der preußischen Generalsynode an die Gemeinden zur sozialen Frage (3. November 1903) .....	733

## Siebzehntes Kapitel

**Evangelische Lehrkonflikte am Vorabend des Ersten Weltkriegs** 735

<i>I. Das Lehrbeanstandungsrecht in der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union</i> .....	735
Nr. 326. Ordinationsermahnung der Evangelischen Landeskirche in Preußen (13. Juni 1895) .....	737
Nr. 327. Begründung des Evangelischen Oberkirchenrats zum Entwurf des Lehrbeanstandungsgesetzes (1909) .....	738
Nr. 328. Rudolph Sohm, Der Lehrgerichtshof (25. November 1909) .....	742
Nr. 329. Adolf Harnack, Das neue kirchliche Spruchkollegium (Dezember 1909) .....	743
Nr. 330. Rudolph Sohm, Noch einmal der Lehrgerichtshof (19./21. Dezember 1909) .....	745
Nr. 331. Kirchengesetz, betreffend das Verfahren bei Beanstandung der Lehre von Geistlichen (16. März 1910) .....	746
Nr. 332. Erklärung von Rudolph Sohm und anderen gegen das Spruchkollegium (21. März 1911) .....	755
Nr. 333. Stellungnahme Adolf Harnacks für das Spruchkollegium (6. April 1911) .....	757
<i>II. Der Fall Jatho</i> .....	759
Nr. 334. Konfirmationsbekenntnis, verfaßt von Pfarrer Carl Jatho (1899) .....	761
Nr. 335. Aktenvermerk über die Besprechung zwischen Generalsuperintendent Umbeck und Pfarrer Jatho (28. Februar 1910) .....	762
Nr. 336. Fünf Fragen des Evangelischen Oberkirchenrats an Pfarrer Jatho (7. Januar 1911) .....	763
Nr. 337. Erwiderung des Pfarrers Jatho an den Evangelischen Oberkirchenrat (26. Januar 1911) .....	767
Nr. 338. Entscheidung des Spruchkollegiums der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union betr. die Amtsenthebung des Pfarrers Jatho (24. Juni 1911) .....	771
Nr. 339. Stellungnahme Harnacks zum Fall Jatho (27. Juli 1911) .....	776
Nr. 340. Ernst Troeltsch, Gewissensfreiheit (Juli 1911) .....	779
Nr. 341. Erklärung von siebenunddreißig Professoren der Theologie zur Entscheidung des Spruchkollegiums im Fall Jatho (3. August 1911) .....	781
<i>III. Der Fall Traub</i> .....	782
Nr. 342. Gottfried Traub, Staatschristentum oder Volkskirche. Ein protestantisches Bekenntnis (September 1911) .....	783
Nr. 343. Disziplinarurteil des Konsistoriums Breslau über die Amtsversetzung des Pfarrers Traub (15. März 1912) .....	784

Nr. 344. Beschluß des Evangelischen Oberkirchenrats in dem Disziplinarverfahren gegen Gottfried Traub (5. Juli 1912) .....	790
Nr. 345. Adolf Harnack über die Dienstentlassung Gottfried Traubs (1912) .....	797
<i>IV. Bemühungen um die Wiedereinsetzung des Pfarrers Traub</i> .....	799
Nr. 346. Eingabe des Presbyteriums der Reinoldi-Gemeinde in Dortmund an den Evangelischen Oberkirchenrat (30. September 1914) .....	800
Nr. 347. Bescheid des Westfälischen Konsistoriums an das Presbyterium der Reinoldi-Gemeinde in Dortmund (12. Dezember 1914) .....	801
Nr. 348. Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrats über die Wiederverleihung der Rechte des geistlichen Standes an Gottfried Traub (16. November 1918) .....	801
Nr. 349. Schreiben Gottfried Traubs an den Evangelischen Oberkirchenrat (20. November 1918) .....	801
<i>V. Der Fall Heydorn</i> .....	802
Nr. 350. Die hundert Thesen des Pfarrers Heydorn (Dezember 1910) .....	803
Nr. 351. Erlaß des Konsistoriums in Kiel an den Pfarrer Heydorn (8. März 1911) .....	806

### Achtzehntes Kapitel

#### Die evangelische Kirche im Ersten Weltkrieg 808

<i>I. Die evangelische Kirche und der Kriegsausbruch</i> .....	808
Nr. 352. Allerhöchster Erlaß König Wilhelms II., betreffend die Abhaltung eines außerordentlichen allgemeinen Bettages (2. August 1914) .....	809
Nr. 353. Verfügung des Evangelischen Oberkirchenrats, betreffend die Abhaltung eines außerordentlichen allgemeinen Bettages (3. August 1914) .....	809
Nr. 354. Ansprache des Evangelischen Oberkirchenrats an die Geistlichen und Gemeindeglieder (Presbyterien) der Gemeinden der Landeskirche (11. August 1914) .....	810
Nr. 355. Ansprache des sächsischen Landeskonsistoriums an die evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden des Landes (21. August 1914) .....	813
Nr. 356. Aufruf deutscher Kirchenmänner und Professoren an die evangelischen Christen im Ausland (Ende August 1914) .....	814
<i>II. Der Kriegsdienst der evangelischen Geistlichen</i> .....	817
Nr. 357. Bekanntmachung des württembergischen Landeskonsistoriums, betreffend den Kriegsdienst der evangelischen Geistlichen (3. August 1914) .....	818
Nr. 358. Erlaß des preußischen Oberkirchenrats, betreffend den Dienst der Geistlichen mit der Waffe im Felde (9. August 1914) .....	819
Nr. 359. Erlaß des preußischen Oberkirchenrats, betreffend den Dienst der Geistlichen mit der Waffe im Felde (18. September 1914) .....	819

Nr. 360. Eingabe von 26 Superintendenten der Rheinprovinz an Kaiser Wilhelm II. (September 1914) .....	820
Nr. 361. Antwort des Chefs des Kaiserlichen Zivilkabinetts v. Valentini an die rheinischen Superintendenten (22. September 1914) .....	820
Nr. 362. Erklärung von 172 Berliner Pfarrern zum Kriegsdienst der Geistlichen (November 1914) .....	820
Nr. 363. Erklärung des Kultusministers v. Trott zu Solz vor der verstärkten Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses (26. Februar 1915) .....	821
Nr. 364. Mitteilung des preußischen Oberkirchenrats an die Generalsynode, betreffend die aus Anlaß des Krieges getroffenen Maßnahmen (4. Oktober 1915) .....	822
Nr. 365. Vorschläge, betreffend militärische Dienstpflicht der Theologen — Beschluß des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses (20. Juni 1916) .....	823
<i>III. Die evangelische Militärseelsorge im Krieg</i> .....	825
Nr. 366. Bescheid des preußischen Kriegsministeriums an den Ausschuß für Unterstützung der Evangelischen Militärseelsorge im Felde (2. November 1914) .....	826
Nr. 367. Mitteilung des preußischen Oberkirchenrats an die Generalsynode, betreffend die aus Anlaß des Krieges getroffenen Maßnahmen (4. Oktober 1915) .....	826
Nr. 368. Verfügung des Evangelischen Feldpropstes der preußischen Armee (25. Februar 1916) .....	829
<i>IV. Friedensinitiativen des Jahres 1914</i> .....	829
Nr. 369. Der Aufruf des Erzbischofs Söderblom, Uppsala, zu einer kirchlichen Friedensinitiative (September 1914) .....	830
<i>V. Der „Burgfrieden“ zwischen den kirchlichen Parteien</i> .....	831
Nr. 370. Berliner Kirchenwahlabkommen (18. März 1915) .....	832
<i>VI. Die Aufgaben der Kirche im Krieg</i> .....	833
Nr. 371. Generalsuperintendent Lahusen, Und was tut die Kirche? (April 1915) .....	833
Nr. 372. Propst Kawerau, Wie hat bisher der Krieg auf unser kirchliches Leben eingewirkt, und vor welche Aufgaben stellt er unsere Kirchengemeinden und ihre Vertreter? (18. Mai 1915) .....	835
Nr. 373. Aufgaben der Konferenz Deutscher Evangelischer Arbeitsorganisationen (22. Februar 1916) .....	836
Nr. 374. Bekanntmachung des badischen Oberkirchenrats, betreffend die Mitwirkung der Kirche bei den staatlichen Kriegsmaßnahmen (22. November 1916) .....	836
<i>VII. Staat und evangelische Kirche im Kriegsjahr 1917</i> .....	837
Nr. 375. Reformationsansprache des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses an die Gemeinden beim bevorstehenden Jahreswechsel (Dezember 1916) .....	838

Nr. 376. Glückwunsch des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses an Kaiser Wilhelm II. zu seinem Geburtstag (27. Januar 1917) .....	839
Nr. 377. Antwort Kaiser Wilhelms II. an den Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß (Ende Januar 1917) .....	840
Nr. 378. Aufruf des preußischen Oberkirchenrats zum Allgemeinen Kriegsbetttag (28. Februar 1917) .....	841
<i>VIII. Der deutsche Protestantismus und die Verfassungsreform im Jahr 1917</i> .....	842
Nr. 379. Rede Otto Baumgartens vor dem Evangelisch-Sozialen Kongreß (11. April 1917) .....	843
Nr. 380. Adolf v. Harnack, Das Gebot der Stunde. Denkschrift an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg (Juni 1917) .....	844
Nr. 381. Erklärung von Berliner Professoren zu den inneren Reformen (Juli 1917) .....	847
Nr. 382. Denkschrift des Delbrück-Kreises zur Reform des preußischen Wahlrechts (Juli 1917) .....	847
Nr. 383. Wilhelm Philipps, Stellungnahme zur Reform des preußischen Wahlrechts (Juli 1917) .....	848
<i>IX. Der Protestantismus und das Friedensproblem im Jahr 1917</i> .....	849
Nr. 384. Erklärung von fünf Berliner Pfarrern (Oktober 1917) .....	850
Nr. 385. Erklärung von 160 Berliner Pfarrern (31. Oktober 1917) .....	850
Nr. 386. Aufruf der christlichen Konferenz in Uppsala (16. Dezember 1917) .....	851
Nr. 387. Erklärung von siebzehn hannoverschen Pfarrern (Dezember 1917) .....	853
<i>X. Die deutschen evangelischen Landeskirchen und das Kriegsende</i> .....	853
Nr. 388. Ansprache des württembergischen Landeskonsistoriums an die Gemeinden (8. Oktober 1918) .....	854
Nr. 389. Ansprache des bayerischen Oberkonsistoriums an die Gemeinden (14. Oktober 1918) .....	855
Nr. 390. Kundgebung des Direktoriums der Evangelischen Kirche Augsburger Konfession in Elsaß-Lothringen (14. Oktober 1918) .....	856

**Anhang****Die Besetzung der obersten Kirchenämter in Deutschland****1891 - 1918**

857

<i>I. Die päpstliche Nuntiatur in München</i> .....	857
<i>II. Die deutschen katholischen Erzbischöfe und Bischöfe</i> .....	858
A. Metropolitanbezirk Köln .....	858
B. Breslau und Ermland .....	859
C. Metropolitanbezirk Posen-Gnesen .....	860
D. Hildesheim und Osnabrück .....	861
E. Oberrheinische Kirchenprovinz .....	861
F. Metropolitanbezirk München-Freising .....	863
G. Metropolitanbezirk Bamberg .....	864
H. Vikariat Sachsen .....	865
I. Elsaß-Lothringen .....	866
<i>III. Die Leitung der evangelischen Kirchenbehörden</i> .....	867
A. Preußen .....	867
B. Bayern .....	869
C. Die Landeskirchen der übrigen deutschen Mittelstaaten .....	870

# Teil A

## Allgemeines Staatskirchenrecht

### Erstes Kapitel

## Bemühungen um die Garantie der Religionsfreiheit

### I. Die religionsrechtlichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs

*Die tiefen Wirkungen, die der deutsche Kulturkampf<sup>1</sup> auf das Verhältnis von Staat und Kirche hatte, zeigten sich vor allem darin, daß wichtige Gesetzesbestimmungen der Kulturkampfzeit auf Dauer in das geltende Recht eingingen. Dies trat besonders deutlich bei der reichseinheitlichen Regelung des Bürgerlichen Rechts hervor. Mit der Einführung der obligatorischen Ziviltrauung hatte das Reichsgesetz vom 6. Februar 1875<sup>2</sup> ein wichtiges Element der Verbindung von Kirche und Staat beseitigt. Als bei der reichseinheitlichen Kodifikation des Bürgerlichen Rechts<sup>3</sup> die ehe- und familienrechtlichen Bestimmungen zur Verhandlung kamen, erklärte die Zentrumsfraktion im Reichstag sich bereit, der obligatorischen Zivilehe zuzustimmen, nachdem die Überschrift des Buchs IV Abschnitt 1 aus „Ehe“ in „Bürgerliche Ehe“ umbenannt und der alte „Kaiserparagraph“, durch welchen der Gesetzgeber 1875 den Bedenken Kaiser Wilhelms I. gegen die Zivilehe Rechnung getragen hatte, in den Text des BGB eingefügt worden war (§ 1588). Das Eherecht des BGB (Nr. 1), das durch den Reichstag 1896 verabschiedet wurde und am 1. Januar 1900 in Kraft trat, dokumentierte unter Zustimmung der Zentrumsfraktion, daß in diesem Bereich, in dem sich staatliche Rechtsgestaltung und kirchliche Verpflichtung in besonderem Maß überschneiden, das überlieferte Staatskirchentum nicht mehr fortbestand. Das Einführungsgesetz zum BGB (Nr. 2) nannte allerdings auch einige staatskirchenrechtliche Materien, die das Reich nicht durch das BGB regelte, sondern der Landesgesetzgebung vorbehielt. Insbesondere galt dies für die Frage der Religionsmündigkeit. Der Versuch, das Recht der religiösen Kindererziehung im Rahmen des Familienrechts des BGB zu regeln, war in den Beratungen gescheitert<sup>4</sup>.*

<sup>1</sup> Dazu Staat und Kirche, Bd. II, S. 395 ff.

<sup>2</sup> Ebenda Nr. 297.

<sup>3</sup> Dazu Verfassungsgeschichte, Bd. IV, S. 272 ff.

<sup>4</sup> Vgl. W. Kahl, Die Bedeutung des Toleranzantrags für Staat und evangelische Kirche, in: Deutsch-evangelische Blätter 27, 1902, S. 24 ff. (52 f.).

*In der Mehrzahl der deutschen Einzelstaaten galten nach der Einführung des BGB die althergebrachten landesrechtlichen Bestimmungen über die Bekenntniszugehörigkeit der Kinder aus gemischten Ehen, über die religiöse Erziehung der Kinder und über deren Religionsmündigkeit fort, so vor allem in Preußen und in fast allen deutschen Mittelstaaten<sup>5</sup>. Von den mittelgroßen Einzelstaaten regelte nur das Großherzogtum Hessen in seinem Ausführungsgesetz zum BGB vom 17. Juli 1899 das Recht der religiösen Kindererziehung neu (Nr. 4). Eine etwas einfachere Normierung des gleichen Sachbereichs enthielt das Ausführungsgesetz zum BGB für das Reichsland Elsaß-Lothringen (Nr. 3). Weitere entsprechende Neuregelungen des religiösen Erziehungsrechts galten in sechs kleineren Einzelstaaten gemäß den von ihnen erlassenen Ausführungsgesetzen zum BGB von 1899<sup>6</sup>.*

## **Nr. 1. Bürgerliches Gesetzbuch**

vom 18. August 1896

(Reichsgesetzblatt 1896, S. 195 ff.)

— Auszug —

### *Viertes Buch. Familienrecht*

#### *Erster Abschnitt. Bürgerliche Ehe*

#### *Zweiter Titel. Eingehung der Ehe*

§ 1316. Der Eheschließung soll ein Aufgebot vorhergehen. Das Aufgebot verliert seine Kraft, wenn die Ehe nicht binnen sechs Monaten nach der Vollziehung des Aufgebots geschlossen wird.

Das Aufgebot darf unterbleiben, wenn die lebensgefährliche Erkrankung eines der Verlobten den Aufschub der Eheschließung nicht gestattet.

Von dem Aufgebote kann Befreiung bewilligt werden.

§ 1317. Die Ehe wird dadurch geschlossen, daß die Verlobten vor einem Standesbeamten persönlich und bei gleichzeitiger Anwesenheit erklären, die Ehe mit einander eingehen zu wollen. Der Standesbeamte muß zur Entgegennahme der Erklärungen bereit sein.

Die Erklärungen können nicht unter einer Bedingung oder einer Zeitbestimmung abgegeben werden.

§ 1318. Der Standesbeamte soll bei der Eheschließung in Gegenwart von zwei Zeugen an die Verlobten einzeln und nach einander die Frage richten, ob sie die Ehe mit einander eingehen wollen, und, nachdem die Verlobten

<sup>5</sup> Dazu W. Kahl, Die Konfession der Kinder aus gemischten Ehen (1905).

<sup>6</sup> Nämlich in Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Reuß ältere und Reuß jüngere Linie, Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen (Texte in: H. Becher, Die Ausführungsgesetze zum Bürgerlichen Gesetzbuche, Bd. I und II, 1901).

die Frage bejaht haben, aussprechen, daß sie kraft dieses Gesetzes nunmehr rechtmäßig verbundene Eheleute seien.

Als Zeugen sollen Personen, die der bürgerlichen Ehrenrechte für verlustig erklärt sind, während der Zeit, für welche die Aberkennung der Ehrenrechte erfolgt ist, sowie Minderjährige nicht zugezogen werden. Personen, die mit einem der Verlobten, mit dem Standesbeamten oder mit einander verwandt oder verschwägert sind, dürfen als Zeugen zugezogen werden.

Der Standesbeamte soll die Eheschließung in das Heirathsregister eintragen.

### *Achter Titel. Kirchliche Verpflichtungen*

§ 1588. Die kirchlichen Verpflichtungen in Ansehung der Ehe werden durch die Vorschriften dieses Abschnitts nicht berührt.

## **Nr. 2. Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch**

vom 18. August 1896

(Reichsgesetzblatt 1896, S. 604 ff.)

— Auszug —

*Art. 84.* Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen eine Religionsgesellschaft oder eine geistliche Gesellschaft Rechtsfähigkeit nur im Wege der Gesetzgebung erlangen kann.

*Art. 87.* Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche die Wirksamkeit von Schenkungen an Mitglieder religiöser Orden oder ordensähnlicher Kongregationen von staatlicher Genehmigung abhängig machen.

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen Mitglieder religiöser Orden oder ordensähnlicher Kongregationen nur mit staatlicher Genehmigung von Todeswegen erwerben können. Die Vorschriften des Art. 86 Satz 2 finden entsprechende Anwendung.

Mitglieder solcher religiöser Orden oder ordensähnlicher Kongregationen, bei denen Gelübde auf Lebenszeit oder auf unbestimmte Zeit nicht abgelegt werden, unterliegen nicht den in den Abs. 1, 2 bezeichneten Vorschriften.

*Art. 132.* Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die Kirchenbaulast und die Schulbaulast.

*Art. 133.* Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über das Recht zur Benutzung eines Platzes in einem dem öffentlichen Gottesdienste gewidmeten Gebäude oder auf einer öffentlichen Begräbnißstätte.

*Art. 134.* Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die religiöse Erziehung der Kinder.